

Rede zum Haushalt 2007

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Weiterentwicklung NKF ist Daueraufgabe

mit dem heute zur Beschlussfassung vorliegenden, erstmals nach den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements aufgestellten Entwurf des Haushalts 2007 hat der Kreis Mettmann die Kameralistik nunmehr endgültig hinter sich gelassen. Vergegenwärtigt man sich, dass diese bereits 1762 von dem österreichischen Hofrat Johann Mathias Puechberg entwickelt wurde und seitdem das Rechnungswesen in den öffentlichen Verwaltungen in Deutschland darstellte, kann man erst erahnen, was für ein gravierender Umbruch in der Verwaltungspraxis die Umstellung auf ein doppisches Rechnungswesen gewesen sein muss. Allen Mitarbeitern des Kreises, zuvorderst aber Herrn Kämmerer Herweg und seinem Team, gebührt der Dank dafür, diese Herausforderung hervorragend bewältigt und einen soliden Haushalt nach NKF erarbeitet zu haben. Diesen weiter zu entwickeln bleibt stetige Aufgabe von Kreistag und Verwaltung. Die Bildung aussagekräftiger Kennzahlen, der Aufbau eines Controllings, des unterjährigen Berichtswesens sowie einer Kosten- und Leistungsrechnung sind nur einige Beispiele der Themen, mit denen wir uns in der nächsten Zeit zu befassen haben.

Betriebswirtschaftliche Kompetenz stärken

Die FDP-Kreistagsfraktion hat diesen Prozess von Anfang an aktiv begleitet. Mit unserer Initiative zur Einführung eines strategischen Beteiligungsmanagements verfolgen wir den Zweck, mehr Transparenz in Bezug auf die Beteiligungen des Kreises zu erreichen und die diesbezüglichen Steuerungsmöglichkeiten des Kreistags zu verbessern. Umso unverständlicher, Herr Carraro, dass Sie dem nichts abgewinnen konnten. In der Tat muss man zugestehen, dass durch das NKF die Komplexität zugenommen hat, weil es eben nicht mehr ausreicht, sich lediglich mit Einnahmen und Ausgaben zu befassen. Dem muss sich die Politik aber auch stellen. Unser Antrag, eine Stelle für das strategische Controlling einzurichten, die mit einem Absolventen eines betriebswirtschaftlichen Hochschulstudiums besetzt wird, dient ebenfalls der Unterstützung von Kreistag und Verwaltungsführung in

ihrer jeweiligen Steuerungsfunktion. Wenn man bedenkt, dass von den über 1100 Beschäftigten des Kreises bislang lediglich einer über diese Qualifikation verfügt, tut die Stärkung der betriebswirtschaftlichen Fakultas in der Kreisverwaltung auch dringend Not. Interessant in diesem Zusammenhang ist am Rande auch, dass es Ende der 90-er Jahre schon einmal eine Stelle für Hochschulabsolventen der Betriebswirtschaft im höheren Dienst gab, die kurzzeitig auch mal besetzt war, dann aber nach der Kommunalwahl 1999 unbemerkt verschwunden sein muss. Hinsichtlich des an die Verwaltung im Kreisausschuss ergangenen Auftrags, ein Anforderungsprofil für den strategischen Controller zu erstellen, erwartet die FDP-Kreistagsfraktion von der Verwaltung neben einer unverzüglichen Umsetzung aber auch, dass der beantragten herausgehobenen Qualifikation bei der Aufgabenbeschreibung wie auch beim Stellenwert voll Rechnung getragen wird. Die in der Begründung des Antrags aufgeführten Aufgaben, die wir uns nicht etwa aus den Fingern gesogen sondern von der KGSt übernommen haben, sollten mit berücksichtigt werden.

Einführung moderner Management-instrumente

Wir Liberale wollen die einmalige Chance, im Zuge der Systemumstellung auf das NKF mit Hilfe moderner Managementinstrumente dauerhaft Strukturen zu verankern, die die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistags optimieren, auch in Zukunft genutzt wissen. So werden wir uns beispielsweise, sobald ein zentrales Beteiligungsmanagement eingerichtet ist, in einem zweiten Schritt mit dem Thema "Public Corporate Governance" auseinandersetzen. Dabei geht es im Kern um die effiziente und transparente Steuerung von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung. Die Relevanz des Themas wird hinreichend deutlich daran, dass beispielsweise die Stadt Stuttgart bereits einen Public Corporate Governance Kodex verabschiedet hat und in der Stadt Potsdam im Sommer 2006 der Prozess zur Schaffung eines solchen Kodex angestoßen worden ist. Mit Rücksicht auf Herrn Carraro werde ich heute an dieser Stelle jedoch auf vertiefende Ausführungen dazu verzichten.

Öffentlichkeit statt Geheimniskrämerei

Der Herstellung von Transparenz dient auch der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion, die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder von KVGM, WfB und der Beschäftigungsgesellschaft des Kreises auf das nach geltendem Recht notwendige Mindestmaß zu begrenzen. Die Idee ist an sich vollkommen simpel: Politische Entscheidungen sollen nicht durch eine Flucht in das Privatrecht der Kontrolle durch die Öffentlichkeit, die wiederum notwendige Voraussetzung für eine

demokratische Willensbildung ist, entzogen werden können. Die FDP-Bundestagsfraktion hat dem mit dem Antrag "Gegen Geheimniskrämerei - Entscheidungen kommunaler Gesellschaften transparent gestalten" (Drs. 16/395 vom 18.01.2006) Rechnung getragen und die Forderung aufgestellt, klare Regelungen zur Eingrenzung der Verschwiegenheitspflicht für Aufsichtsratsmitglieder kommunaler Gesellschaften zu schaffen. Bis dahin sind wir jedoch darauf angewiesen, die in der geltenden Rechtslage eröffneten Spielräume, die durch leider nicht ganz einfache Gerichtsentscheidungen konkretisiert werden, zu nutzen. Wenn Sie, Herr Carraro, - und Sie wissen, dass ich Sie persönlich sehr schätze und können deshalb ein offenes Wort vertragen - dies wieder mal als Aufhänger für die Anstimmung eines ihrer ständigen Lamentos über Bürokratie im allgemeinen und Juristen im besonderen nutzen, wird mehr als offensichtlich, dass dies die Masche eines Politikprofis ist, dem es nur darauf ankommt Sympathiepunkte zu ergattern, zugegebenermaßen im Kreistag aber auch den größten Unterhaltungswert besitzt.

Generationengerechtigkeit durch Entschuldung

Ziel des NKF ist jedoch nicht nur eine verbesserte outputorientierte Steuerung, sondern vor allem die periodengerechte Darstellung des Ressourcenaufkommens und -verbrauchs verbunden mit dem Ziel der Generationengerechtigkeit, dem sich die FDP-Kreistagsfraktion seit jeher in besonderer Weise verbunden fühlt. Denn es ist mehr als eine Frage des Anstandes, dass man den jungen und kommenden Generationen, die sich dagegen überhaupt nicht zur Wehr setzen können und die sich aufgrund der demographischen Entwicklung und dem bis heute versäumten Systemwechsel in den Sozialversicherungen ohnehin darauf einstellen müssen, finanziell gebeutelt zu werden, auch noch einen Schuldenberg hinterlässt, der die zukünftigen Spielräume zusätzlich einschränkt. Die Entwicklung des Schuldenstandes ist dementsprechend ein wichtiger Gradmesser dafür, wie fair wir mit den jungen Menschen und noch nicht Geborenen umgehen. Und da sind wir durchaus erfolgreich. Nachdem bereits in den vergangenen zwei Jahren die Verschuldung effektiv reduziert werden konnte, gelingt es uns auch diesmal, im Zuge der Haushaltsberatungen die Nettoneuverschuldung auf Null zu senken und damit die Perspektive einer weiteren Entschuldung zu eröffnen.

Haushalt ist gemeindefreundlich

Und dies nicht etwa zu Lasten der Kreisumlage. Deren Hebesatz kann aufgrund einer weiteren Senkung des Hebesatzes der Landschaftsumlage sowie einer Gewinnausschüttung der KVGGM gegenüber dem

Haushaltsentwurf um weitere 0,7%-Punkte gesenkt werden und liegt damit um 1,5%-Punkte unterhalb der satzungsmäßigen Festlegung des Vorjahres und um 0,4%-Punkte unterhalb des tatsächlich von den Städten abgeforderten Betrags. Dass das Aufkommen der Kreisumlage gegenüber dem im Jahr 2006 abgeforderten Betrag in absoluten Zahlen dennoch um 9,5 Mio. € steigt, resultiert ausschließlich aus der Erhöhung der Landschaftsumlage um 1 Mio. € und den NKF-bedingten Mehrkosten in Höhe von insgesamt 8,5 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der Umlagegrundlagen um 26,5 Mio. € und vor dem Hintergrund, dass die IHK in ihrem Konjunkturbericht für den Kreis Mettmann zum Jahresbeginn 2007 festgestellt hat, dass der Aufschwung den Kreis erreicht hat, ist das auch nicht dramatisch. Den aus der von Schwarz/Rot in Berlin beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung folgenden Mehraufwand, der beim Kreis immerhin einen Betrag von etwa 2,5 Mio. € ausmacht, konnte die Verwaltung durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen kompensieren. Auch die erfreuliche Entwicklung der Personalkosten, die sich abgesehen von dem NKF-bedingten Mehraufwand unter dem Niveau des Jahres 2001 bewegen, trägt zur Entlastung der kreisangehörigen Städte bei. Damit stellt sich der Kreishaushalt 2007 erneut als äußerst gemeindefreundlich dar. Dies insbesondere, da der Kreis bei der Festsetzung der Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände für die Abschreibung, um die Kreisumlage möglichst gering zu halten, ausnahmslos bis an die äußerste Grenze der in der NKF-Rahmentabelle aufgeführten Zeitspannen gegangen ist. Dabei kann man sich mit Recht fragen, ob beispielsweise bei Parkplätzen, die allgemein über 19 Jahre abgeschrieben werden, eine Nutzungsdauer von 60 Jahren nicht etwas üppig bemessen ist. Gleiches gilt auch für die Gebäude mit einer angenommenen Nutzungsdauer von 80 Jahren, die weit über dem im allgemeinen zugrunde zu legenden Abschreibungszeitraum liegt.

**Nur nachhaltiger
Einsatz des
Vermögens**

Der aus mancher kreisangehörigen Stadt zu vernehmenden Forderung, Vermögen des Kreises, insbesondere Teile des in der KVGM eingelegten RWE-Aktienpakets konsumtiv zur direkten Senkung der Kreisumlage zu verwenden, erteilt die FDP-Kreistagsfraktion eine klare Absage. Dass die meisten kreisangehörigen Städte - obwohl es insbesondere mit Langenfeld und Ratingen auch Ausnahmen gibt - finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet sind, wird von uns nicht verkannt. Eine bloße Verscherbelung von Tafelsilber würde die strukturellen Probleme der städtischen Haushalte aber auch nicht lösen, sondern allenfalls für ein

paar Jahre kaschieren. Wir Liberalen stehen für eine nachhaltige und vorsorgende Finanzpolitik. Deshalb halten wir, sofern das vom Kreis in Auftrag gegebene Gutachten der Wirtschaftsprüfer zu dem Ergebnis kommt, dass der in den RWE-Aktien verkörperte Gegenwert unter Berücksichtigung insbesondere der steuerlichen Auswirkungen optimaler eingesetzt werden kann, einen Einsatz von Teilen des Aktienpakets, der indirekt auch eine nachhaltige Kreisumlagensenkung ermöglichen würde, prinzipiell für denkbar. Erste Priorität der FDP-Kreistagsfraktion wäre dabei die Entschuldung, die in Bezug auf die Kreisumlage auch den größten Effekt haben dürfte. Wobei es für uns Liberale selbstverständlich wäre, den nachhaltigen Effekt im Anschluss daran nicht wieder durch ein erneutes Anhäufen von Schulden zu konterkarieren. Auch die Bildung eines Pensionsfonds oder die Ausstattung der Stiftung Neanderthal-Museum mit einem Kapitalbetrag, aufgrund dessen mittelfristig das Betriebskostendefizit des Museums aus dessen Erträgen bestritten werden könnte, sind zu prüfende Alternativen. Im Zuge dessen sollte ebenso ergründet werden, welcher Einsatz für den Bestand der ehemaligen so genannten Hardert-Rücklage am sinnvollsten in Betracht kommt und, danke Herr Franke, welche Effekte aus einer etwaigen Sitzverlegung oder Gründung einer Niederlassung der KVGM generiert werden können. Insbesondere muss letzteres auch entschieden sein, bevor neue Gewerbesteuer auslösende Tatbestände geschaffen werden. Ein von der UWG ins Spiel gebrachtes Programm zur Sanierung von Schulräumen in den kreisangehörigen Städten wird bei aller Wichtigkeit dieser jedoch von den Städten zu leistenden Aufgabe allerdings mit Sicherheit nicht unsere Zustimmung finden. Denn es ist darauf angelegt, Vermögen unwiederbringlich zu verbrauchen.

Keine Ausgleichsrücklage

Auch die von mancher kreisangehörigen Stadt erhobene Forderung, der Kreis möge in der Eröffnungsbilanz die Option zur Ausweisung einer Ausgleichsrücklage mit dem maximalen Betrag ausschöpfen und diese dann für die NKF-bedingten Mehraufwendungen verbrauchen, kommt für uns nicht in Frage. Die FDP-Kreistagsfraktion wird sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass die Eröffnungsbilanz ohne eine Ausgleichsrücklage beschlossen wird. Vollkommen richtig ist aus den Städten darauf hingewiesen worden, dass der Kreis als Umlagehaushalt systembedingt keine Ausgleichsrücklage braucht. Nur die dort daraus gezogene Schlussfolgerung ist absolut daneben. Herr Kämmerer Herweg hat es bei der Einbringung des Haushalts exakt auf den Punkt gebracht: Eine Ausgleichsrücklage wäre lediglich eine Rechengröße. Ihr Verbrauch könnte nur im Wege der Kreditaufnahme

erfolgen, was eindeutig vom Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit des NKF abweichen und die künftigen Haushaltswirtschafts- und Entlastungswirkungen für den Kreis erheblich und dauerhaft einschränken würde. Der Kreis hat bereits beim Nachtragshaushalt 2006 der aus einzelnen Städten erhobenen Forderung widerstanden, die Umstellung auf das NKF dahingehend zu nutzen, einen nicht auszugleichenden Fehlbetrag zu erwirtschaften, der in der Eröffnungsbilanz untergegangen wäre. Dies wäre ebenso ein Akt der bloßen Vermögensvernichtung gewesen. Zeigen wir auch bei der Frage der Ausgleichsrücklage, meine Damen und Herren, dass die Kreispolitik über ein ausreichendes Selbstbewusstsein verfügt, langfristig richtige Entscheidungen zu treffen. Die Einführung des NKF bietet die Chance, ein verändertes, an langfristigen Zielen orientiertes Denken zu fördern und das Ziel der finanziellen Nachhaltigkeit in den Köpfen der Menschen zu verankern. Dafür ist die Frage der Ausgleichsrücklage eine entscheidende Weichenstellung. Und falls es wirklich einmal zu einer Notsituation des Kreises käme, würde die Bezirksregierung die Genehmigung zum Rückgriff auf die allgemeine Rücklage mit Sicherheit nicht versagen.

FDP konsolidiert Kreisfinanzen

Die Effizienz der Kreisverwaltung zeigt sich auch darin, dass 2006 trotz des Umstandes, dass 6,3 Mio. € Kreisumlage nicht abgefordert worden sind und damit eine erhebliche Entlastung der Städte stattgefunden hat, ein Überschuss in Höhe von 2,6 Mio. € erwirtschaftet werden konnte. Der Kreis konsolidiert seinen Haushalt stringent und darauf legen die Städte auch richtigerweise großen Wert. Die FDP-Kreistagsfraktion hat demzufolge auch dieses Jahr wieder Einsparungsvorschläge vorgelegt. So sehr wir begrüßen, dass die Investitionen des Kreises zukunftsgerichtet zum Großteil in die Bereiche Bildung und Straßeninfrastruktur gehen, ist es jedoch auch in diesen Bereichen erforderlich, zwischen dem Notwendigen und dem bloß Wünschenswerten zu differenzieren. Und deshalb ist es folgerichtig, dass der Ansatz für die Verglasung eines Verbindungsgangs am Berufskolleg Mettmann in Höhe von 61 T€ auf unseren Antrag gestrichen worden ist. Anders als Herr Carraro, den die Sorge umtreibt, die Benutzer der Gebäude müssten sich auf dem Weg von einem zum anderen - ich meine so waren ihre Worte - "in Mäntel hüllen", hält selbst die Verwaltung diese Maßnahme nicht für unbedingt erforderlich. In der Konsequenz, Herr Carraro, müssten Sie sich beispielsweise dann aber auch fragen, ob es den Mitarbeitern der Kreisverwaltung überhaupt zumutbar ist, bei Wind und Wetter ungeschützt zwischen den Verwaltungsgebäuden des Kreises zu pendeln. Mal

abgesehen von den Kosten, man kann Fürsorge auch übertreiben. Berufsschüler sind keine Kleinkinder, bei denen man wie bei meiner dreijährigen Tochter noch dafür sorgen muss, dass diese, wenn es draußen kalt ist, ihr Jäckchen anziehen.

Mitte in den Fokus

An diesem Beispiel lässt sich aber auch Grundsätzliches verdeutlichen. Zentrales Ziel der FDP-Kreistagsfraktion war stets und bleibt auch künftig die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger, heute und in der Zukunft. Wir müssen, selbstverständlich neben dem Engagement für diejenigen, die der Hilfe des Staates bedürfen, weil sie es trotz ihrer Bemühungen nicht aus eigener Kraft schaffen, ihren Lebensunterhalt zu sichern, wieder verstärkt die Bedürfnisse der breiten Mitte, die das Fundament der Gesellschaft bildet, in den Fokus der Politik rücken. Bill Clinton beschrieb sie einmal in den Worten: "Es sind jene breiten Massen, die in unserem Land die Kinder großziehen, die Arbeit machen, die Steuern zahlen und sich an die Regeln halten." Diese Mitte benötigt vor allem eines: Eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast, um Kredite für Wohnraum abzutragen, selbst für das Alter vorzusorgen oder um den Kindern die bestmögliche Ausbildung angedeihen zu lassen. Dazu muss auch der Kreis seinen Beitrag leisten. Darum setzen wir Liberalen alles daran, die Konsolidierung der Kreisfinanzen zu forcieren. Das geht aber nicht immer nur mit Millionenbeträgen, sondern erfordert auch Detailarbeit. In Bezug auf unseren vorläufig zurückgezogenen Antrag zu prüfen, inwieweit durch eine Beauftragung Dritter die Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen kostengünstiger erledigt werden können, behalten wir uns vor, diesen in Abhängigkeit von der von der Verwaltung für August avisierten Ergänzungsvorlage wieder aufleben lassen. Uns würden insbesondere die Details des laut Verwaltungsvorlage mit einem annehmbaren Preis versehenen Angebots von Straßen NRW interessieren. Zu einer umfassenden Beurteilung der Wirtschaftlichkeit benötigen wir aber vor allem eine Darstellung der bei den Unterhaltungsaufgaben zugrunde gelegten Standards im interkommunalen Vergleich.

Zuschüsse ausschreiben

Zu begrüßen ist, dass die Mehrheit im Kreisausschuss unserem Antrag, zur Steigerung der Effizienz, aber auch aus ordnungspolitischen Gründen, die Verwaltung zu beauftragen, die Voraussetzungen für eine Ausschreibung von Aufgaben, für die Zuschüsse an Dritte gewährt werden, zu ermitteln, gefolgt ist. Warum kann bisher grundsätzlich nur derjenige Empfänger von Zuschüssen werden, der den Bedarf für eine Aufgabe an den Kreis heranträgt verbunden mit einem entsprechenden

Zuschussantrag? Weshalb bleibt der Zuschussempfänger grundsätzlich stets der Gleiche und muss sich nicht nach einer bestimmten Zeit dem Wettbewerb stellen? Wieso sollen Aufgaben, für die der Kreis Zuschüsse vergibt, nicht auch von Anbietern, die ihren Sitz außerhalb des Kreises haben, z.B. einem Wohlfahrtsverband aus einer der benachbarten Großstädte, oder besser noch von Privaten übernommen werden können, wenn diese einen geringeren Zuschussbedarf haben? Dass die SPD an der Klärung dieser Fragen kein Interesse hat, liegt nahe, da sie sich nun einmal der Besitzstandswahrung der Verbände verschrieben hat. Wohltuend setzen sich davon die Grünen ab. Gerne, Herr Dr. Ibold, haben wir auch Ihren Antrag unterstützt, den pauschalen Zuschuss zu den Verwaltungs- und Regiekosten der Wohlfahrtsverbände zu streichen. Aber da muss wohl noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Keine Gefährdung der Arbeit des Frauenhauses

Unterstützt wird von der FDP-Kreistagsfraktion auch die Linie des Kreises, grundsätzlich nicht für ausfallende Landesmittel einzutreten. Naturgemäß gibt es von diesem Grundsatz im Einzelfall auch Ausnahmen. Zweifelsohne trägt der Kreis dafür Sorge, dass die Arbeit des Frauenhauses und dessen Umfeldes nicht gefährdet wird. Doch setzt dies selbstverständlich auch voraus, dass sämtliche möglichen Synergieeffekte genutzt werden. Und auch die Essentials der ehemaligen Regionalstelle Frau und Beruf werden durch eine neu eingerichtete Fachstelle im Sozialamt fortgeführt. Eine Schelte des Landes aufgrund der Sparmaßnahmen ist jedoch absolut unangebracht.

Lebensmitteluntersuchungen müssen bürgernah bleiben

Auch wenn wir mit den im Uhlenberg-Ministerium ausgebrüteten Plänen, die chemischen und Lebensmitteluntersuchungen zu verstaatlichen, um die Kosten der vier staatlichen Untersuchungsämter auf die Kommunen abwälzen zu können, naturgemäß nicht einverstanden sind. Denn es macht einfach keinen Sinn, eine funktionierende interkommunale Kooperation wie die zwischen den Kreisen Mettmann, Neuss, Viersen und Kleve sowie den Städten Düsseldorf und Mönchengladbach, die bürgernah und effizient arbeitet, da Untersuchung und Überwachung in einer Hand liegen, zu zerschlagen. Zudem widerspräche dies auch der erklärten Absicht der Landesregierung, Aufgaben auf der unterst möglichen Ebene anzusiedeln. Wir haben deshalb auf unserem Kreisparteitag einen Antrag mit dem Ziel beschlossen, dass über die bisherigen Möglichkeiten hinaus freiwillige Kooperationen, auch zwischen Land und Kommunen, ermöglicht werden sollen, der von uns auch auf dem Landesparteitag eingebracht wird. Soweit sich das

Land von seinen Plänen jedoch nicht abbringen lässt, sollten wir unter dem Gesichtspunkt des Zwangszusammenschlusses die Prüfung und bei hinreichender Erfolgsaussicht auch die Anstrengung einer Kommunalverfassungsbeschwerde nicht scheuen und dies in die bewährten Hände von Herrn Fabian legen. Dann wird ihm auch ab Juli nicht langweilig.

**Kein Ersatz
ausfallender
Landesmittel**

Im Ganzen gesehen ist das ehrgeizige Sparprogramm des Landes aber völlig alternativlos. Die Koalition aus CDU und FDP hat erkannt, dass es mit der galoppierenden Staatsverschuldung so nicht weiter geht. Und dass es richtig ist, dass der Kreis grundsätzlich die ausfallenden Landesmittel nicht ersetzt, sei nur anhand eines prägnanten Beispiels vor Augen geführt. Beim Wegfall der Förderung der Seniorenerholung vor ein paar Jahren - dem Kampfthema der SPD in den 90-ern - hat jedenfalls - salopp formuliert - kein Hahn danach gekräht, kein Aufschrei, keine Presseberichte, der Wegfall scheint durch die Bürger überhaupt nicht bemerkt worden zu sein. Und dabei ging es immerhin um einen Zuschuss von jährlich rund 250 T€.

**Zielgruppengerechte
Angebote für Senioren**

Die von der Verwaltung auf Antrag der CDU vorgelegte Liste der durch den Kreis und die Städte erfolgenden Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände, die sage und schreibe in etwa 360 Positionen umfasst, kann nur der Beginn einer umfassenden Aufarbeitung mit dem Ziel der Vereinfachung der Strukturen sein. Aufgrund der sich verändernden Lebensbedingungen und –gewohnheiten älterer Menschen bedarf es auch dringend einer Untersuchung, ob das Angebot der Seniorentreffs noch zielgruppengerecht ist und welche vergleichbaren Angebote Dritter bestehen. Dabei sollte im Hinblick auf die Folgen des demographischen Wandels, der zur Herausbildung der Gruppe der so genannten jungen Alten bis 75 Jahre geführt hat, auch überprüft werden, ob es wirklich realistisch ist, den Bedarf immer noch an der Anzahl der über 60-jährigen Einwohner zu messen.

**Regionalstrategie
entwickeln**

In Bezug auf das große Zukunftsthema des demographischen Wandels muss der Kreis, über zweieinhalb Jahre nach der Verabschiedung des ersten Antrags durch den Kreistag, die Schlagzahl nun endlich erhöhen. Die Ergebnisse des Projekts der IHK "Demographische Entwicklung im Kammerbezirk", welches neben Bevölkerungs- und Beschäftigungsprojektionen, Wirtschaftsdaten sowie qualitative Aussagen zum Wohnungsmarkt, Pendlerströmen und Schulwesen beinhalten soll, werden frühestens im Sommer vorliegen. Im Anschluss daran muss dann aber unverzüglich eine

Entscheidung über die zur Entwicklung einer Regionalstrategie notwendigen Schritte getroffen werden.

Aktionismus von SPD und Grünen beim Klimaschutz

Beim Thema des Klimawandels ist dagegen ein kaum zu begreifender Aktionismus festzustellen. Nachdem das bereits seit Jahren virulente Thema seit ein paar Wochen wie jemals kaum ein anderes durch die Gazetten gejagt wird, überbieten sich SPD und Grüne in ihrem Bestreben, dem Zeitgeist hinterher zu hecheln geradezu in abstrusen Forderungen. Während die SPD in diesem Zusammenhang auf einmal das Instrument des Investitionsförderprogramms für Not leidende Städte für sich entdeckt - angesichts Ihrer Einlassungen zum Sportstätteninvestitionsprogramm schon ein starker Tobak, Herr Carraro - wollen die Grünen zur energetischen Optimierung der Liegenschaften des Kreises direkt das Ziel einer Senkung der CO₂-Belastung um 20% festschreiben, aber - wenn man den Antrag einmal genau liest - nicht mal in der Summe, sondern bezogen auf jedes einzelne Gebäude, und zwar offensichtlich völlig unabhängig davon, ob und in welcher Weise das einzelne Gebäude bereits modernen Energiestandards entspricht und das auch noch, ohne die dazu erforderlichen Kosten zu kennen. Dabei wird der Kreis Mettmann bis zum Jahr 2010 laut der Maßnahmenplanung zum Energiemanagement ohnehin bereits einen Betrag in Höhe von insgesamt 13,6 Mio. € investieren. Und nach dem Gertec-Gutachten kann erwartet werden, dass weitere 5% des Energieverbrauchs durch eine Intensivierung des Energiemanagements und kleinere sich sofort amortisierende Maßnahmen eingespart werden können.

Kreis muss sich auf den Klimawandel vorbereiten

Es liegt mir fern, die Folgen der weltweiten Erderwärmung zu bagatellisieren. Aber, meine Damen und Herren, mal abgesehen davon, dass das Magazin Plusminus in seiner Ausgabe vom 13.03.2007 den Klimawandel in Gestalt des milden Winters als Konjunkturmotor und Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes entdeckt hat, ist das Erstarren in Angst immer ein schlechter Ratgeber. So hat bereits Theodor Heuss gesagt: "Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist." Ähnlich wie beim demographischen Wandel handelt es sich beim Klimawandel um eine Entwicklung, die nicht erst gestern begonnen hat und die selbst mittel- bis langfristig nicht aufzuhalten sein wird. Der Klimawandel als globales Problem wird sich, wenn man sich vor Augen führt, in welchen Teilen der Welt welche Steigerungsraten beim CO₂-Ausstoß zu verzeichnen sind, weder mit Maßnahmen auf europäischer Ebene, geschweige denn mit nationalen Alleingängen nennenswert verlangsamen lassen. Da darf man sich nichts vormachen. Insbesondere werden die

boomenden Schwellenländer - und ich konnte mich in China vor wenigen Monaten mit eigenen Augen überzeugen, was da abgeht - sich nicht durch globale Klimaschutzziele in ihrem wirtschaftlichen Wachstum beeinträchtigen lassen. Realistisch betrachtet tun wir also gut daran, uns auf die zu erwartenden Folgen des Klimawandels vorzubereiten und die daraus resultierenden Veränderungen zu gestalten. Der an diese Erkenntnis anknüpfende Antrag der UWG zu kommunalen Handlungsoptionen und Perspektiven als Reaktion auf den Klimawandel geht nach unserer Auffassung deshalb in die richtige Richtung.

**20-Minuten-Takt
erhalten**

Aufpassen muss der Kreis, nicht nur im Hinblick auf den CO₂-Ausstoß, dass nicht durch Fallstricke politisch motivierter Entscheidungen im VRR die Qualität des ÖPNV im Kreis durch eine Umstellung von S-Bahnen auf einen 30-Minuten-Takt verschlechtert wird. Dass dies insbesondere bei der stark nachgefragten Regiobahn nicht von vornherein ausgeschlossen wird, ist uns vollkommen unverständlich. Wie der VRR ermittelt hat, wären die Linien im Kreis Mettmann, wenn es nur nach dem Kriterium der Nachfrage ginge, von Leistungsreduzierungen überhaupt nicht betroffen.

**Kreis Mettmann durch
Marke
unverwechselbar
machen**

Meine Damen und Herren,
last but not least ein paar Anmerkungen zum Thema Neandertal-Kreis Mettmann. Sicherlich haben wir - und das muss man selbstkritisch einräumen - eine Chance verpasst, weil wir das Interesse von Medien und Bürgern an dem Thema unterschätzt haben. Bei der öffentlichen Diskussion ist allerdings völlig untergegangen, dass es bei dem Antrag nicht darum ging, dass sich die Bürger mit dem Neandertaler identifizieren, sondern vielmehr darum, dessen weltweiten Bekanntheitsgrad zur besseren Vermarktung des Kreises zu nutzen. Das Ergebnis der vom Kreis initiierten Umfrage relativiert sich deutlich, wenn man einerseits bedenkt, dass es in der Natur der Sache liegt, dass sich Kritiker immer lautstark zu Wort melden und andererseits, dass nicht einmal 0,2% der Einwohner des Kreises sich daran beteiligt haben. Positiv zu bewerten bleibt, dass sich mittlerweile offensichtlich eine bislang gar nicht zu vermutende Identifikation der Bürger mit dem Kreis Mettmann eingestellt hat. Der Ansatz einer Änderung des Kreisnamens steht daher derzeit nicht mehr zur Debatte. Die dem Antrag zugrunde liegende Idee, den Kreis Mettmann durch eine Marke unverwechselbar zu machen, werden wir aber konsequent weiterverfolgen.

Meine Damen und Herren,
die FDP-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt zu. Der Kreis setzt seinen Konsolidierungskurs konsequent fort und trägt mit dem Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung dem Ziel der Generationengerechtigkeit Rechnung.

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.